

Kapitalmarkt intern

Zur Jahreswende

Düsseldorf, Jahreswende 2018/2019

Ausgabe 52/18 – 01/19

Bank intern • versicherungstip
kapital-markt intern • finanztip

Diesmal, *werte Leserin, sehr geehrter Leser,*

diktieren ich erstmals in 48 Jahren den allgemein-politischen Teil dieser für alle unsere Informationsbriefe identischen Jahresschlussausgabe nicht wie bisher im heimischen Düsseldorf oder auf einem Rhein-Schiff oder der Skihalle Neuss oder vor dem häuslichen Krippchen, sondern in Hamburg anlässlich des Besuchs des Parteitages der von mir früher einmal gewählten CDU. Und zwar sitze ich am Fenster meines Lieblingszimmers im **Vier-Jahreszeiten-Hotel** mit inspirierendem Blick auf Jungfernstieg und Binnenalster. Umgeben vom Duft einer Adventskerze, Tannenzweigen, weißen Rosen, einem Glas Punsch und zwischen den Fingern wie gewohnt die Don Stefano Perfeccion Sumatra Zigarre.

Zwei Tage vor dem Parteitag waren in einem laut **BILD** "vielleicht entscheidenden Geheimtreffen" 200 Unentschlossene der 1.001 CDU-Delegierten im keine 100 m entfernten noblen Überseeclub bei einem "Nikolaus-Drink" auf **Annegret Kramp-Karrenbauer** eingeschworen worden. Dort hatte sie Gelegenheit, als Bewerbungsakte die später bei **Anne Will** wiederholte Erfolgs-Saga als Ministerpräsidentin des Saarlandes von August 2011 bis Februar 2018 zu verkünden: "Wir stehen wirklich sehr gut da. Und das ist das Ergebnis von harter Politik und kluger politischer Weichenstellung."



'k-mi'-Herausgeber
Dipl.-Ing. Günther Weber

Die ansonsten regierungsfreundliche **WELT** ging dem Selbstlob auf den Grund. In der AKK-Ära zwischen 2011 und 2017 waren ♦♦ das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 9,1 % gewachsen, das des Saarlandes um 0,4 % geschrumpft ♦♦ die Arbeitslosenquote im Bund von 7,1 % auf 5,7 %, im Saarland von 6,8 % auf 6,7 % gesunken ♦♦ die Bruttolöhne im Bund +13,8 %, im Saarland +12 % gestiegen ♦♦ die Schulden aller Bundesländer um 29 Mrd Euro gefallen, die des Saarlandes von 12,26 auf 14,06 Mrd Euro angeschwollen. – **WELT-Fazit:** "Das Märchen vom erfolgreichen Saarland."

Ziemiak-Coup als Ausgleich für fehlende Leistungsnachweise

Aber was an Leistungsnachweisen fehlt, kann ja durch Taktik ausgeglichen werden: Dass sie schon Tage vorher – naturgemäß mit dem Segen oder gar auf Anraten von 'Mutti' – dem Junge-Union-Chef **Paul Ziemiak** für den Fall ihrer Wahl das Amt des Generalsekretärs anbot und allein damit schon seinen Krabbelkindern eine erhebliche Aufwertung in Aussicht stellte, kann ihr die entscheidenden 18 Mehrstimmen (1,75 %) in der Stichwahl gegen **Friedrich Merz** eingefahren haben. Womit dann auch der Weg nach ganz oben geebnet werden sollte, denn eine Frau hinterlässt nicht an der Saar ihre drei Kinder, ihren Ehemann und das Amt als Ministerpräsidentin, um in Berlin eine deutlich niedriger dotierte Position als Kammerzofe einer **Angela Merkel** anzutreten.

Aber wird AKK den Sprung auf den Kanzler-Sitz schaffen? Nein, denn einerseits ist die CDU, gerade nach diesem denkwürdigen Parteitag, zerrissener denn je, andererseits wird ihr die **Helmut Kohl**-Schülerin bis zum letzten Tag ihrer Regentschaft nicht die Luft zum freien Atmen lassen, und zum dritten hat **Angela Dorothea geb. Kasner** einen Trümmerhaufen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Probleme geschaffen, deren Lösungen sich gegenseitig ausschließen und die wie Blei an den Füßen der größten deutschen Partei CDU, und damit auch ihrer neuen Vorsitzenden, kleben wird.

Ihr direkter Draht ... (Mo.-Do. 15-18 Uhr, Fr. 9-12 Uhr)



02 11 / 66 98 - 164

Fax: 02 11 / 69 12 - 440

e-mail: kmi@kmi-verlag.de

... für den vertraulichen Kontakt

Impressum

markt intern Verlagsgruppe – **kapital-markt intern** Verlag GmbH, Grafenberger Allee 30, D-40237 Düsseldorf. Tel.: +49 (0)211 6698 199, Fax: +49 (0)211 6912 440. www.kmi-verlag.de. Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günther Weber. Gerichtsstand Düsseldorf. Handelsregister HRB 71651. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

kapital-markt intern Herausgeber: Dipl.-Ing. Günther Weber. Chefredakteur: Redaktionsdirektor Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Redaktionsdirektor Rechtsanwalt Gerrit Weber. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Christoph Morisse M.A., Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prümmer, Christian Prüßing M.A. Druck: Theodor Gruda, www.gruda.de. ISSN 0173-3516

Diese offenbaren sich am deutlichsten an der Partei selbst: Schon in der Bundestagswahl am 24.09.2017 verloren die vorgeblichen Christlich-Sozialen 8,6 Prozentpunkte – das waren, übrigens im Gleichschritt mit der ihren öko-linken Kurs verursachenden SPD, 20 % der vorherigen Wähler. Bei der Bayernwahl waren's dann schon 22 % (SPD 53 ! %), in Hessen gar 29,5 (SPD 35,5) % der Wähler, die sich abwandten.

Nochmal die Springer-WELT: *"Heute glänzt Deutschland mit Dauer-Aufschwung, Rekordbeschäftigung und der schwarzen Null im Staatshaushalt. Doch diese Wirtschaftsdaten sind nur der eine Teil der Ära Merkel: Wohl kaum ein Bundeskanzler habe dem Nachfolger größere Baustellen hinterlassen. 2011 hätte es den ersten großen Knackpunkt gegeben mit dem überhasteten Atomausstieg, der die Deutschen teuer zu stehen komme. Ab 2013 habe die Kanzlerin dann die erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Sozialreform ihres Vorgängers Gerhard Schröder (SPD) immer weiter zurückgedreht und diesen fatalen Kurs seit 2017 sogar noch verschärft, kritisiert der Wirtschaftsweiser Prof. Lars Feld."* Dass laut **Paritätischem Wohlfahrtsverband** im reichen Deutschland jeder Sechste in Armut lebt, vervollständigt das Bild. Diese Probleme sagen wir seit gut 10 Jahren voraus, auch in den jeweiligen Jahresschlussausgaben. Zuletzt vor Jahresfrist:

"Nur mit diesem Hintergrund und der Taktik, dem Gegner den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man – unter Aufgabe seines eigenen Profils – dessen Standpunkte übernimmt, ist zu erklären, daß Angela Dorothea Merkel ohne nennenswerten Widerstand ♦♦ Deutschlands weltweit sicherste Atom-Energie versenken konnte, obwohl beim Gau in Fukushima selbst nach UNO-Feststellungen kein einziger Strahlen-Toter zu beklagen war ♦♦ dafür sorgte, daß über die EU und IWF unzählige Milliarden nach Griechenland gekarrt wurden, von denen wir keine einzige zurückbekommen ♦♦ den sogenannten Erneuerbaren Energien den Vorrang vor allen klassischen einräumte, obwohl ihr als Physikerin hätte klar sein müssen, daß dadurch kein einziges herkömmliches Kraftwerk eingespart wird, weil ansonsten das Netz zusammenbräche, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht stark genug weht ♦♦ mit ihrem trotzköpfigen Diktum 'Wir schaffen das' hunderttausende wehrhafte Männer dazu verleitet, in Mitteleuropa um Asyl zu bitten mit dem Argument, vor Todesgefahren geflüchtet zu sein, in denen sie aber bedenkenlos ihre Frauen, Kinder und Eltern zurückgelassen haben ♦♦ daß sie mit dem Anspruch, die Welt retten zu müssen, eine ganze Nation in eine Klimawandel-Halluzination versetzt, obwohl unsere Luft nur zu 0,038 Prozent, also Hundertstel, aus Kohlendioxid besteht, von denen der Mensch ganze 4 Prozent, mithin 0,00151 Prozent, beisteuert ♦♦ daß sie Diesel-Fahrer im Regen stehen läßt."

Die Wahrheit wird durch Moralin-Imperialismus ersetzt

Schon an der Schwelle zu 2019 kristallisieren sich die Auswirkungen glasklar heraus:

♦♦ Hält man einmal die Theorie des menschlichen Einflusses auf das Klima für bare Münze: Da Deutschland immer mehr CO₂-arme Atommeiler abschaltet und im Gegensatz zu anderen Staaten penibelst jede Tonne emittiertes CO₂ registriert, rangiert Deutschland auf der Klimasünder-Rangliste weit oben, so dass unsere Klima-Kanzlerin die Brüsseler Öko-Träumer in ihrem Grenzwerte-Wahn und ihrer Manie, Kompetenzen an sich zu reißen, nicht bremsen konnte.

♦♦ Angelas Klima-Hysterie läßt zu, dass die Forderungen der **Grünen** und **Linken** nach E-Mobilität Deutschlands weltweite Spitzenposition in der Dieselselbstzerstörung zerstören und die Diesel-Besitzer enteignet werden, ohne dass eine Studie belegen würde, dass die Auto-Abgase des heutigen deutschen Niveaus die Gesundheit der Menschen nennenswert schädigen würde. Professor **Dieter Köhler**, früher Präsident der **Deutschen Gesellschaft für Pneumologie** und des **Verbandes der Pneumologischen Kliniken** sowie Sachverständiger für das **Bundesgesundheitsamt**: *"Die offiziellen Studien zu den Gesundheitsgefahren von Feinstaub und Stickoxiden sind eine der größten Seifenblasen, die es gibt."*

♦♦ Zur selben Zeit, in der die letzten Kernkraftwerke geschlossen und die Braunkohlegruben stillgelegt werden sollen, also ein Großteil der deutschen Stromproduktion fehlen wird, und in der bislang ungeklärt ist, wie diese Lücke geschlossen werden soll, wird immenser zusätzlicher Strombedarf durch die E-Mobilität geschaffen. Die unverbesserlichen Öko-Träumer – oder sind es gar vorsätzliche Wirtschaftsfeinde? – wollen das mit den Erneuerbaren lösen. Was aber, wenn – und das ist häufiger als an zwei Dritteln des Jahres – keine Sonne (in jedem Fall immer nachts) scheint oder/und nur wenig Wind bläst? Müssen dann alle 43 Mio. Kraftfahrzeuge in der Garage – oder mit leerem Akku auf der Autobahn – stehen bleiben?

♦♦ Unabhängig davon biedert sich die Kanzlerin mit den Erneuerbaren-Träumern technischen Schwachköpfen an, die außer acht lassen, dass in jedem Fall 45 Prozent des Stromes aus konventionellen Kraftwerken kommen muss, weil nur diese den 50-Hertz-Takt herstellen und als Momentanreserve dienen können.

Grüße aus Absurdistan

Arbeitgeber-Präsident **Arndt Kirchhoff** bringt es auf den Punkt: *"Gerade in der für Wohlstand und Arbeitsplätze entscheidenden Frage der Energiepolitik scheinen der Regierung künftige Koalitionsoptionen wichtiger zu sein als die Zukunft*

des Industriestandortes Deutschland.“ Ich kann mich noch gut erinnern an Zeiten, in denen dem Bürger Energiepolitik kaum bewusst war, denn problemlos kam der Strom aus der Steckdose. Durchschnittlicher Strompreis 1970 0,14 DM; 2001/2002 0,30 DM/0,16 €; 2017 0,292 €. Kein Wunder, wenn der Staat mit vom Stromkunden finanzierter EEG-Umlage Energien fördert, die mal zu stark fließen (so dass ausländischen Netzen Millionen Euro geboten werden müssen, um den – nicht vernichtbaren – Strom gütigst aufzunehmen) oder, wenn keine Sonne scheint oder/und kein Wind bläst, zu wenig oder gar nicht, so dass genau so viel Kapazität in herkömmlichen Kraftwerken zur Verfügung stehen muss wie ohne Erneuerbare Energien. – Ein Wahnsinn.

Noch irrer der Klima-Wahn, mit Hilfe dessen unsere Kanzlerin das erreicht hat, was immer ihr Ziel war: Mächtigste Frau der Welt (**FORBES**-Magazin) zu werden. Er sorgt dafür, dass unsere ehemals weltweit führenden Energiekonzerne nur noch einen Schatten ihrer selbst darstellen, dass zigtausende Arbeitsplätze verhindert oder vernichtet werden in unseren Kohleregionen, in der Stahlbranche, der Aluminium-Industrie. Hunderte Millionen werden von einzelnen Ministerien für Gutachten ausgegeben – aber bis heute nicht ein einziger Cent für die Untersuchung der Frage, ob der seit eh und je unaufhaltbare Klimawandel tatsächlich, wie von mit dieser Theorie zu Millionären gewordenen 'Wissenschaftlern' des UNO-Ablegers **Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)** behauptet, von den menschlichen CO₂-Emissionen abhängt.

Werner Kirstein, Professor für Geographie und Geoinformatik an der **Universität Leipzig**, wirft noch dieser Tage in einem Offenen Brief ZDF-Prediger **Claus Kleber** "ganz gezielte Lückenpresse" vor, weil dieser für aber auch alles, wie diesen warmen und trockenen Sommer, den anthropogenen Klimawandel verantwortlich macht, aber verschweige, dass zum Beispiel das Jahr 1540 bei weitem extremer war als 2018, aber auch die Jahre 79, 1387 und 1473 mehr als extrem trocken und heiß und dass in der viermonatigen Dürre von 1473 die Menschen zu Fuß durch das trockene Donaubett laufen konnten. Dabei sei auch 'vergessen' worden, dass diese historischen Ereignisse vor der Industrialisierung, vor den heutigen CO₂-Emissionen, ohne Viehwirtschaft und ohne vergleichbar starken Fleischkonsum der Menschen, zustande kamen.

Fazit: Eine Kanzlerin, die ihre Nachfolgerin als Parteivorsitzende nur mit einer Mehrheit von 51,75 % durchbekommt, muss wissen, dass sie angezählt ist. Dies erst recht, wenn die Bilanz ihrer Ära – auch wenn, oder gerade weil sie weniger die Handschrift ihrer eigenen Partei, umso mehr die ihrer Opposition und ihres Koalitionspartners trägt – dermaßen zerrüttet ist und fast alle Konjunkturauguren eine deutliche Rezession vorhersagen. Also sollte sie zurücktreten, bevor sie Staub lecken muss. Nur so kann Annegret Kramp-Karrenbauer eine Chance bekommen, ob selbst als Kanzlerin oder zusammen mit einem neuen Kanzler/einer neuen Kanzlerin, entschlossen einen Neuanfang zu wagen. Weder bei Migration, noch bei Energie, noch bei Klima, noch bei Mobilität, noch bei EU-Bürokratie und Finanzpolitik, noch bei Gesellschaftspolitik kann so getan werden, als seien wir auf dem bestmöglichen Weg. Das wird allein schon durch das Erstarken der **AfD** als auch der Grünen und dem Zusammenbruch der **SPD** belegt. – Aus der großen Politik zurück zur Detailarbeit:

kapitalmarkt intern – Lobbyarbeit für den Mittelstand

Als der damals amtierende Bundeskanzler **Gerhard Schröder** am Wahlabend des 18. September 2005 zunächst feixend glaubte, er habe es noch mal geschafft und sei als Kanzler unverzichtbar, wusste **Angela Merkel** schon was sie wollte – die Macht! Und die bekam sie, obwohl die **Union** mit 35,2 % der Stimmen deutlich hinter den Prognosen von 41 bis 43 % zurückblieb, und die **SPD**, nach der desaströsen NRW-Wahl, mit der Wahlkampfflokk Schröder sogar bis auf 34,2 % herankam. Nur ein winziger Prozentpunkt betrug der Unterschied, doch er leitete eine mittlerweile 13jährige Ära ein. Die ewige Kanzlerin – aber jetzt herrscht Kanzlerinnendämmerung. Merkel hat die **CDU** in Bereiche geführt, in denen sich viele der **CDU**-Stammklientel nicht mehr wohlfühlen. In der Partei, die unter **Konrad Adenauer** und **Ludwig Erhard** die soziale Marktwirtschaft in Deutschland zum Erfolgsmodell machte, fehlt unter Merkel der Fokus auf die Wirtschaft und den Mittelstand! Und das nicht erst seit gestern, sondern seit

Politische Aktivitäten

Bundeswirtschaftsministerium – Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zur Änderung der Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV), 22.11.2018

Bundeswirtschaftsministerium – Anhörung unter Einbindung von BMF und BMJV zur Übernahme der Aufsicht über die unabhängigen Finanzanlagenvermittler (§ 34f GewO) durch die BaFin anstelle der Gewerbeämter bzw. IHKn, 04.10.2018

BaFin – Stellungnahme im Konsultationsverfahren 15-2018; WA 51-Wp 2026-2017/0001 zum 'Auslegungsschreiben zur Bestimmung der Anlegergruppe ('Zielmarkt') in Verkaufsprospekten und Vermögensanlagen-Informationsblättern nach dem Vermögensanlagengesetz', 17.08.2018

BaFin – Stellungnahme zur Angabe der Wertentwicklung in den wesentlichen Anlegerinformationen geschlossener Publikums-AIF, 01.03.2018

Beginn ihrer Regentschaft. Kein Wunder, dass der konservative und wirtschaftsorientierte Teil der CDU rebelliert. Dort weiß man, jeder Euro, der ausgegeben wird, muss auch verdient werden. Und dazu bedarf es der entsprechenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch der Zeit, den Kunden zu beraten.

Womit wir beim Kern des Problems wären. Aufgrund – oder sollte man nicht besser sagen trotz – der Finanzmarktkrise hat die Bundesregierung unter Angela Merkel entschieden, die Regulierungsschraube und die damit verbundene Bürokratie immer weiter anzuziehen. Trotz Finanzmarktkrise deshalb, weil die Verursacher mit **Lehman** und anderen Finanzinstituten in den USA oder mit **Hypo Real Estate, KfW-Bank** sowie **SachsenLB** und andere Landesbanken bereits damals ausschließlich im 'vollregulierten' Bereich zu finden waren. Dennoch wurden auch (mittelständische) Anbieter und unabhängige Vermittler mit einer Regulierungswelle überzogen, die wohl ihresgleichen sucht! Jahr für Jahr lässt die Regierung Merkel Gesetze und Verordnungen auf die mittelständischen Betriebe regnen – teils mit so abstrusen Ausgestaltungen, dass sie existenzvernichtend für die kleinen und mittleren Unternehmen gewirkt hätten. Diese zu verhindern und praxistauglich auszuformulieren konnte nur mit Hilfe seit vielen Jahren gepflegter politischer Kontakte, viel Sachverstand und Arbeit sowie der Unterstützung und des Zuspruchs aus der gesamten Branche gelingen. Das führte schlussendlich auch zur Gründung der **Bundesarbeitsgemeinschaft mittelständischer Investmentpartner (BMI)**, die von **kapital-markt intern** koordiniert wird. Dort wird gemeinsam zu den kleinen und großen für die Branche eminent wichtigen Themen Stellung bezogen und zwar auf allen Ebenen, ob auf europäischer Ebene wie der **ESMA**, im **Bundestag** oder den zuständigen Bundesministerien oder bei der **BaFin**.

Jüngste Aktivitäten waren die Stellungnahme an das **Bundeswirtschaftsministerium** zur Änderung der Finanzanlagenvermittlervverordnung (**FinVermV**) am 22.11.2018, die Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium zur **BaFin**-Aufsicht über die freien Vermittler gemäß § 34f GewO am 04.10.2018 sowie die Stellungnahme zum **BaFin**-Konsultationsverfahren zum Auslegungsschreiben zur Bestimmung der Anlegerzielgruppe am 17.08.2018. Eine kleine Auswahl der zahlreichen Aktivitäten insbesondere aus der jüngeren Zeit für echten Anlegerschutz und die mittelständischen Vermittler und Anbieter in der Ära Merkel finden Sie in den Kästen. Das erste Gesetzgebungsverfahren speziell zur Regulierung der Branche war das **Anlegerschutzverbesserungsgesetz** im Jahr 2004. Da war übrigens Gerhard Schröder noch Bundeskanzler, aber **kapital-markt intern** war auch schon damals als Sachverständige bei der Anhörung im Bundestag an Bord. Aber es blieb das einzige Branchenregulierungs-Gesetz in der Ära Schröder.

Politische Aktivitäten

Bundestagswahl – Wahlprüfsteine aus Sicht der Finanz- und Versicherungsbranche an alle relevanten Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl vom 24.09.2017

BaFin – Mündliche Anhörung zum Auslegungsschreiben 'Tätigkeiten einer KVG und der von ihr extern verwalteten AIF-Investmentgesellschaft', 16.08.2017

AG Finanzen der Unionsfraktion – Fachgespräch in Berlin u. a. zu den Änderungen im 2. FiMaNoG, 07.02.2017

ESMA – Stellungnahme im Rahmen der ESMA-Konsultation zu Leitlinien für Produktüberwachungs-Anforderungen nach MiFID II, 05.01.2017

Bundesfinanzministerium – Stellungnahme zum Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (2. FiMaNoG), 28.10.2016

Bundeswirtschaftsministerium – Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Bundeswirtschaftsministeriums zum Entwurf einer Verordnung über Immobiliendarlehensvermittlung (ImmVermV), 06.11.2015

BaFin – Stellungnahme zum Entwurf der Dritten Verordnung zur Änderung der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektgebührenverordnung, 24.06.2015

Bundestag/Finanzausschuss – Öffentliche Anhörung Gesetzentwurf 'Kleinanlegerschutzgesetz' (BT-Drucksache 18/3994), 16.03.2015

ESMA – Stellungnahme zum ESMA MiFID II/MiFIR Consultation Paper, 01.08.2014

Bundestag/Finanzausschuss – Öffentliche Anhörung Gesetzentwurf 'Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes' (BT-Drucksache 18/1305), 19.05.2014

Bundestag/Finanzausschuss – Öffentliche Anhörung Gesetzentwurf 'Honoraranlageberatungsgesetz' (BT-Drucksache 17/8182), 18.03.2013

Bundestag/Finanzausschuss – Öffentliche Anhörung Gesetzentwurf 'AIFM-Umsetzungsgesetz' (BT-Drucksache 17/12294), 13.03.2013

ESMA Consultation Paper – Stellungnahme Draft regulatory technical standards on types of AIFM (ESMA 2012/844), 01.02.2013

Bundestag/Finanzausschuss – Öffentliche Anhörung Gesetzentwurf 'Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts' (BT-Drucksache 17/6051), 06.07.2011

⋮

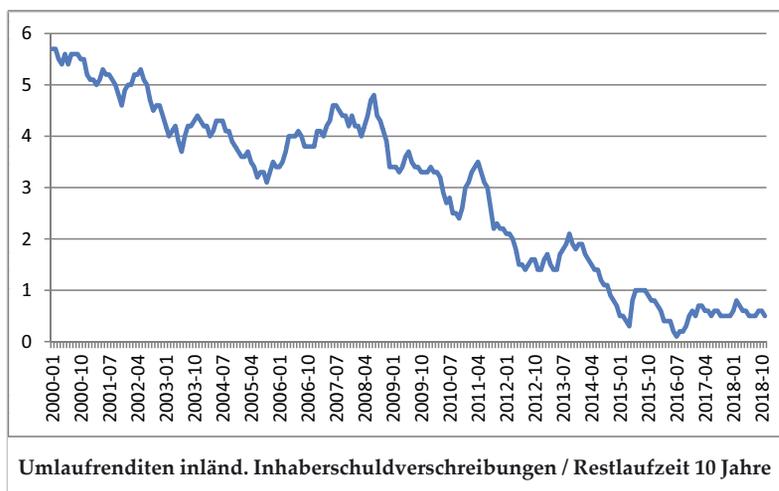
Bundestag/Finanzausschuss – Öffentliche Anhörung Gesetzentwurf 'Anlegerschutzverbesserungsgesetz', 26.06.2004

finanztip – Schutz gegen kapitalvernichtende Null-Zins-Politik

Aus Sicht der Anleger und Sparer geht **Angela Merkels** Kanzlerschaft einher mit einer Ära der Kapitalvernichtung. Während Deutschlands Wirtschaft durch die notwendigen Reformen von Merkels Vorgänger **Gerhard Schröder** wie der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Absenkung des Rentenniveaus oder

Hartz IV durch höhere Leistungen der deutschen Bevölkerung fit gemacht wurde, verzichteten fast alle anderen europäischen Regierungen auf solch schmerzhaft Einschnitte. Statt klare Kante zu zeigen und europaweit auf Reformen zu drängen, deckten die Konsens-Kanzlerin und andere europäische Regierungschefs gemeinsam mit der **EZB** die Probleme mit Billionen an neuen Schulden zu. Die gigantische Summe von 2,6 Billionen € – in Zahlen 2.600.000.000.000,00 € – hat allein die EZB seit 2015 bislang durch die Ankäufe von nahezu ausschließlich Staatsanleihen zur Stützung in die Eurozone gepumpt. Ende dieses Jahres soll das Programm auslaufen, aber nur insofern man kein neues zusätzliches Geld mehr dafür ausgeben will. Rücklaufende Milliarden werden 'selbstverständlich reinvestiert'. Neben der gigantischen Geldschwemme hat EZB-Präsident **Mario Draghi** die Zinsen seit der Finanzkrise Schritt für Schritt gesenkt. Während die USA oder Großbritannien die Leitzinsen längst wieder erhöht haben, verharren diese im Euroraum über 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzmarktkrise weiterhin bei frostigen 0,0 %, Banken müssen für bei der EZB hinterlegtes Geld sogar Strafzinsen zahlen. Neun Zinserhöhungen hat die US-Notenbank FED mittlerweile durchgezogen und sich so Spielraum auch für eine schwächer werdende Konjunktur geschaffen. Doch die Eurozone treibt geldpolitisch möglichen Konjunkturrisiken hilflos entgegen und enteignet Sparer, Anleger und Millionen Menschen, die (auch) privat fürs Alter vorsorgen. – Alles vor dem Hintergrund, die maroden Finanzen zahlreicher EU-Staaten mit Nullzins und Anleihekäufen durchzuschleppen.

Sinnbild des Niedergangs ist die Umlaufrendite, die wir in nebenstehender Grafik für inländische Inhaberschuldverschreibungen mit 10jähriger Restlaufzeit für Sie illustriert haben. Lag die Umlaufrendite zu Beginn von Merkels Kanzlerschaft noch bei 3 bis 4 %, wurde sie nach der Finanzkrise durch die von der EZB verursachten Geldschwemme und die damit einhergehende Nullzins-Politik kontinuierlich auf mittlerweile aktuell 0,5 % Ende November 2018 gedrückt. Zum Vergleich: Die Inflationsrate lag im gleichen Monat bei 2,3 %. D. h. Anleger verlieren auf Basis der aktuellen Zahlen bei der Geldanlage in inländische Inhaberschuldverschreibungen mit 10jähriger Restlaufzeit im Durchschnitt 1,8 % ihres Vermögens. Gehen sie auf kürzere Laufzeiten oder noch sicherere Anlagen wie bspw. deutsche Staatsanleihen, gibt es noch weniger Rendite und der Vermögensverlust steigt. Verschärfend kommt hinzu, dass die ständig steigenden bürokratischen Anforderungen Emittenten dazu nötigen, nur noch hohe Mindestbeteiligungssummen ab 100.000 € anzubieten, da hier die Belastungen für Prospektierung etc. einfacher zu stemmen sind.



Lukrative Anleihen in Euro sind zum Ende der Merkel-Ära also in Folge der Nullzinspolitik als auch der extrem gestiegenen bürokratischen Anforderungen echte Mangelware. Darauf hat die **finanztip**-Redaktion reagiert und ++ ihr Screening bei Euro-Anleihen nochmals deutlich intensiviert und hier auch stärker höhere Mindestbeteiligungssummen eingebunden ++ den Fokus noch mehr auf ausländische Anleihen ausgedehnt, die aufgrund bereits umgesetzter Maßnahmen höhere Zinsen bieten und deren Zentralbanken somit auch wieder geldpolitischen Spielraum gewonnen haben ++ Aktien stärker in den Fokus genommen, denn diese bieten neben attraktiven Dividendenrenditen auch Kurssteigerungspotential. Aber auch hier wird die Luft dünn – denn auf impulsgebende Reformen, die die Wirtschaft voran brächten, hat Angela Merkel in ihrer lang anhaltenden Kanzlerschaft nicht gesetzt. Aber nichts ist so beständig wie der Wandel. Deshalb setzen wir für die Nach-Merkel-Zeit wieder auf höhere wirtschaftspolitische Kompetenz im Regierungslager. Was immer hier auch kommt, der **finanztip** wird flexibel reagieren und für Sie weiterhin lukrative Anlagemöglichkeiten weltweit aufspüren.

versicherungstip – Merkel-Ägide bringt Branchendruck

Beginnen möchte ich als Chefredakteur **versicherungstip** mit einem kurzen persönlichen Rückblick. Mein ältestes Kind wurde im Jahre 2005 geboren. Seit dem 22.11.2005 ist Dr. **Angela Merkel** Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Wenn meine Tochter im April 2019 ihren 14. Geburtstag feiert, dann hat sie bisher nur die Bundeskanzlerin Merkel bewusst erlebt. Was das für eine lange Zeit ist, wird um so deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, bei wie vielen Stationen wir unser Kind erleben und begleiten

durften. Vom Windeln wechseln, Kindergarten, Grundschule, Gymnasium und neben der schulischen Entwicklung auch die persönliche Entwicklung bis hin zur Pubertät. Für unsere Tochter wie für viele andere Jugendliche dauert die Merkel-'Regentschaft' das bisherige gesamte Leben an. Erlauben Sie mir noch ein Beispiel zur Langzeit-Kanzlerschaft: Am 31.12.2018 wird Frau Merkel seit 4.783 Tagen Bundeskanzlerin sein. Länger im Amt waren vor ihr nur **Konrad Adenauer** mit 5.144 Tagen und Dr. **Helmut Kohl**, der es auf 5.870 Tage Kanzlerschaft brachte. Merkel wird Kohl nicht mehr einholen, aber am 28.12.2019 würde sie mit Adenauer gleichziehen. Kommt es dann Anfang 2020 zu einem Wechsel im Kanzleramt, möglicherweise aus der Überlegung heraus, dass die **CDU** mit einer **Annegret Kramp-Karrenbauer** im Wahljahr 2021 mehr Stimmen einfährt, wenn sie nicht 'nur' den CDU-Parteivorsitz einnahm, sondern sich rund 18 Monate als Bundeskanzlerin bewähren konnte, dann hätte Merkel Adenauer überholt. Eine sehr lange Zeit, die viele Herausforderungen für die Finanz- und Versicherungsbranche parat hatte:



Ende 2006 brach der Immobilienmarkt in den USA zusammen, und 2007 kam es zur Hypothekenkrise, die auch deutsche Banken erfasste. Am 15.09.2008 meldet die amerikanische Investmentbank **Lehman Brothers** Insolvenz an. "Die Spareinlagen sind sicher", verkündeten Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** und Angela Merkel am 05.10.2008 unisono. Über 50.000 deutsche Anleger verloren mit Lehman-Zertifikaten rund 1 Mrd. €. Auch wenn unsere Versicherungsbranche hier keine Rolle spielte, mit der Finanzmarktkrise wurde eine Regulierungswelle ausgelöst, die bis heute alle trifft.

Zudem sorgt die **Europäische Zentralbank** für einen dauerhaften Niedrigzins, der Sparer und Lebensversicherungskunden enteignet. Auch wenn Versicherungsvermittler an der Eurokrise nicht Schuld sind, so sollen sie heute nach den Plänen der BaFin und des BMF mit einem Provisionsdeckel bestraft werden. Mit niedrigeren Vergütungen sollen auch Versicherungsmakler ihr Scherflein dazu beitragen, damit die LV-Kunden eine höhere



Rendite erhalten, als es der politisch gewollte EZB-Zins möglich macht! Das ist eine einfache Logik, die aber eines sachlichen Zusammenhangs entbehrt. Denn die Leistung der Versicherungsmakler ist eine qualifizierte Beratung und Vermittlung, und die muss angemessen vergütet werden! Mit der gleichen ministeriellen Logik könnte man auch die Forderung erheben, dass Tarifverträge ausgesetzt werden und ab 01.01.2019 alle Angestellten 10 % weniger Gehalt bekommen. Was die Gewerkschaften wohl zu solchen Vorschlägen der BaFin und des BMF sagen würden? Die EU-getriebene Regulierung mit bspw. jüngst **IDD** oder **DSGVO** kann Angela Merkel zwar nicht direkt angelastet werden. Aber ob ihr Agieren (vor und hinter den Kulissen) in der Eurokrise und bei den inflationären Rettungsschirmen, und so wie Bundestagsabgeordnete der eigenen Partei mit anderer Auffassung und kritischer Haltung 'in die Spur' gebracht wurden, den Interessen Deutschlands und einem friedfertigen und wirtschaftlich starken und geeinten Europa wirklich gedient haben, werden die Geschichtsbücher in vielen Jahren berichten müssen. Doch bleiben wir in unserer Branche:

Es gab und gibt von verschiedenen Parteien Forderungen, die als Wahlkampfthema herangezogen oder bei Koalitionsverhandlungen in die Waagschale geworfen wurden. So bspw. die Bürgerversicherung, die als Einheitsversicherung das Ende der PKV-Vollversicherung eingeläutet hätte. Das war mit der **Union** nicht zu machen. Erinnern wir uns auch kurz an den Referentenentwurf (aus einem **SPD**-Ministerium) zum **IDD-Umsetzungsgesetz**. Für den Berufsstand der Versicherungsmakler und damit die Verbraucher drohte ein Schlag ins Kontor. Doch Abgeordnete der Union hatten ein offenes Ohr für kritische Erläuterungen und konstruktive Vorschläge. Nach zähen Verhandlungen konnten die Unions-Politiker ihren **GroKo**-Partner **SPD** überzeugen, dass der im Lager des Kunden stehende Versicherungsmakler nicht wegereguliert werden darf. Eine Sichtweise, die auch die **FDP** hat, aber die hatte in der letzten Legislaturperiode eine 'Parlamentspause'. Wenn wir, zugegeben etwas holzschnittartig, den Bogen spannen von 2006 mit Finanzmarktkrise über Eurokrise und EZB-Enteignungszins bis in die Gegenwart, dann wollen wir nun auch auf das Jahr 2018 blicken:

Die aus dem **IDD-Umsetzungsgesetz** resultierende Neufassung der **Versicherungsvermittlungsverordnung (VersVermV)** wurde vom **Bundesrat** in seiner Sitzung am 23.11.2018 verabschiedet. In ihrer Stellungnahme vom 24.11.2017 (<https://tinyurl.com/yb6qluuv>) zum Referentenentwurf des **BMWi** hatte die von **versicherungstip** koordinierte **Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler (BFV)** u. a. konstruktive Vorschläge für Ausnahmen von der 15-Stunden-Weiterbildungspflicht in Sondersituationen unterbreitet. Auf dem Weg vom Referentenentwurf bis zur Verabschiedung im Bundesrat gab es diverse Verbesserungen. So wird es nun Vollzugshinweise bei Härtefällen bzgl. Erfüllung der Weiterbildungspflicht geben, die Überprüfung der 15 Stunden erfolgt nur durch anlassbezogene Kontrollen. Die im Entwurf vorgesehene "nachweisbare Lernerfolgskontrolle" bei jeglicher Weiterbildung wurde von der BFV kritisiert, da in Wirtschaftszweigen mit vorgeschriebener Weiterbildungspflicht keine Lernerfolgskontrolle vorgeschrieben ist. Nun sind kostenauslösende Lernerfolgskontrollen grundsätzlich raus und nur noch bei Formen des Selbstlernens vorgesehen. Auch bei einer Konsultation der **BaFin** engagierten wir uns erfolgreich

für den Berufsstand der Versicherungsmakler. Zum Jahresanfang hatte die Aufsicht einen Entwurf des Rundschreibens "Hinweise zum Versicherungsvertrieb" veröffentlicht. Im Rahmen der Konsultation bezogen wir dazu Stellung und reichten konstruktive Vorschläge ein (<https://tinyurl.com/yalyoh3f>). Bei den Kernanliegen sprachen wir uns u. a. dafür aus, dass ++ dem Sachwalterstatus und der Rechtsstellung des Versicherungsmaklers im Rundschreiben durchgängig Rechnung getragen wird und ++ über die gesetzlichen Vorgaben hinaus keine Versicherer und Versicherungsmakler mit unnötigem Bürokratismus belastenden BaFin-Erwartungen formuliert werden. Im Juli hat die Aufsicht das Rundschreiben 11/2018 veröffentlicht. Dort, als auch im Begleitschreiben, wird nun der Status des Versicherungsmaklers betont. Im Begleitschreiben wies die Aufsicht explizit darauf hin, dass "an mehreren Stellen des Rundschreibens nunmehr wegen des Status der Versicherungsmakler und der Versicherungsberater als ausschließliche Interessenvertreter ihrer Kunden klargestellt wird, dass bestimmte im Rundschreiben enthaltene Hinweise nicht gelten".



'vt'-Fazit: Wenn wir einen Wunsch bei der EU und dem nationalen Gesetzgeber frei hätten, dann wäre der recht einfach formuliert: 'Bitte legt eine längere Regulierungspause ein, lasst die bisherige Regulierung erst einmal in Ruhe wirken und dann auf möglicherweise notwendige Feinjustierung überprüfen. Gebt den Versicherern wieder mehr Zeit für Produktinnovationen und Versicherungsmaklern mehr Zeit für qualifizierte Beratungen und Vermittlungen. Das wäre praktizierter Verbraucherschutz.' Da das mit frommen Wünschen aber so eine Sache ist, wollen und können wir Ihnen versprechen, dass wir weiterhin an Ihrer Seite stehen und volles Engagement an den Tag legen werden, damit die (Über-)Regulierung nicht zur Todregulierung der Branche wird.

Bank intern - CDU vor neuem Anfang

Was bleibt von **Angela Merkel** in der Bankenwelt übrig? Vermutlich wird jedem **Bank intern**-Leser als erstes beim Stichwort Dr. Angela Merkel das Bild in den Sinn kommen, als die Bundeskanzlerin am 05.10.2008 zusammen mit dem damaligen Finanzminister **Peer Steinbrück** vor die Mikrophone trat und mit fester Stimme erklärte, "die Spareinlagen sind sicher". Damit versuchte die Kanzlerin dem deutschen Volk klar zu machen, dass die Milliarden US-Dollar-Pleite von **Lehman-Brothers** hierzulande keine ernststen Auswirkungen zeigen werden. Ein Trugschluss, wie sich herausstellen sollte. Denn letztlich bewahrten nur staatliche Garantien und Beihilfen in hoher dreistelliger Milliardenhöhe unsere Großbanken und damit deren Kunden vor dem Kollaps. Hier nur einige Beispiele: ++ Die **Hypo Real Estate** wurde unmittelbar in den Strudel gezogen ++ Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die **Sachsen LB** und die **IKB** in der Abwicklung. Auch sie konnten nur durch milliarden-schwere öffentliche Garantien vor dem Zusammenbruch bewahrt werden ++ **HSH Nordbank** und **WestLB** waren weitere sündhaft teure Problemfälle.

Ja, und die **Commerzbank**. Deren Untergang konnte nur dadurch verhindert werden, indem der Bund, also maßgeblich Angela Merkel, 15 Mrd. € Steuergelder als Stütze einbrachte. Damit sind alle Bundesbürger faktisch Miteigentümer dieser Bank. Der Hammer allerdings ist, dass Angela Merkel keinerlei Anstalten unternimmt, dieser Bank Sitte und Anstand beizubringen. Jedenfalls haben Vorstände von Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken kein Verständnis dafür, dass die Commerzbank seither im Markt – mit Steuermitteln – wie ein Wilderer auftritt und immer neue Kopfgeld-Prämien auslobt, um an neue Kunden zu kommen, die man ganz bewusst anderen im Markt wegnimmt (jedenfalls hat Ex-VV **Martin Blessing** mal gesagt, "Wachstum ist nur möglich durch Verdrängung"). Nur zur Erinnerung: Anfangs lobte die CoBank 50 € aus (und war allen Ernstes sogar bereit, weitere 50 € auf den Tisch zu legen, wenn der Kunde wieder ging), später stockte man den Betrag auf 100 € auf. Ob auch mal eine Zeit lang 150 € Kopfgeld geboten wurden, haben wir nicht beobachtet, aber zuletzt schraubte die Commerzbank ihre Fangprämie auf gigantische 200 € hoch. Und was tat Angela Merkel, um diesen klaren Eingriff in den Wettbewerb 'ihrer' Bank zu verhindern? Klare Antwort: Nichts. Und dann steckt die Commerzbank auch noch Millionen in die Fernsehwerbung, wenn **DFB-Mannschaften** kicken. Auf die Art und Weise wird dann zusätzlich dokumentiert, dass man (Merkelsches Steuer-)Geld im Überfluss hat und bereit ist, es wettbewerbsverzerrend auszugeben.

Kritisch sehen wir auch in der Rückbetrachtung auf die Merkel-Ära ihr fehlendes Geschick von Krisenbekämpfung. Wiederum gemeinsam mit Steinbrück setzte sie durch, dass jedes Land der Eurozone alleine seinen Bankensektor retten muss. Eine gemeinsame europäische Lösung lehnt sie ab. Das führte dazu, dass Spanien und Irland auf sich allein gestellt waren – und heillos überfordert scheiterten. Sie waren dazu gezwungen, aus den privaten Schulden öffentliche Schulden zu machen. Erst damit wurde aus der Bankenkrise die europäische Staatsschuldenkrise. Es gibt sogar Stimmen, die sagen, dass Merkel/Steinbrück

dazu beigetragen haben, die Krise zu verschärfen. So richtig die Garantie der deutschen Spareinlagen war, so falsch war ihr Versuch, Deutschland aus der europäischen Bankenrettung herauszuhalten.

Bürokratismus à la Merkel: Während selbst die Bundesregierung davon überzeugt ist, dass der deutsche Michel mehr in Wertpapiere investieren sollte, werden gleichzeitig unter Merkel die Hürden für Verbraucher (und Institute) inschier Unermessliche hochgeschraubt. Der Präsident des **Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**, **Gerhard Grandke**, und **DZ BANK**-Chef **Wolfgang Kirsch** sind sich einig: *"Wertpapieranlage macht keinen Spaß mehr"*. Kiloweise Wertpapier-Infos, **MiFID**-Broschüren, Fragebögen, Geeignetheitserklärungen, Vertragsformulare, Kostenberechnungen, Eignungsberichte und Mitschnitte von Beratungsgesprächen – all dies setzt Hürden, die im täglichen Umgang nicht (mehr) zu nehmen sind. Und was tut Angela Merkel, um diese Flut einzudämmen? Antwort: Nichts.

Zudem: Vielen Bankern hierzulande ist Angela Merkel im Rahmen der Gestaltung der **Mario Draghi**-Nachfolge bei der **EZB** viel zu zögerlich aufgetreten. Anstatt sich klar und bestimmt für den Präsidenten der **Deutschen Bundesbank**, Dr. **Jens Weidmann**, übrigens Träger des **Deutschen Mittelstandspreises** unserer **markt intern**-Verlagsgruppe, als Nachfolger auszusprechen, lässt sie auch in dieser wichtigen Personalie die Zügel schleifen. Und noch eins muss im Rückblick auf die Merkel-Ära gesagt werden: In Zeiten schwieriger europäischer Auseinandersetzungen im Rahmen der Bankenunion muss man Angela Merkel bescheinigen, sich von Anfang an für die Absicherung nationaler Einlagensicherungssysteme und gegen die Vergemeinschaftung solcher nationaler Kassen, so sie überhaupt vorhanden sind, gestemmt zu haben.



Soweit, *verehrte Leserin, werter Leser*, der Blick unserer Chefredakteure auf die Auswirkungen der Merkel-Ära auf Ihre jeweilige Branche, und unseren Aktivitäten, Ihnen das Leben leichter zu machen. Doch, wir blicken zurück, spähen nach vorne und schauen in uns hinein. Und wenn Sie Anlass zur Trauer haben, denken Sie daran: *"Leben ist nur deshalb Leben, weil es endlich ist."*

Thomas Mann definiert die Vergänglichkeit als die *"Seele des Seins"*, denn erst die Vergänglichkeit schaffe die Zeit – und Zeit sei die höchste kostbare Gabe. Deshalb empfinden wir gerade das als besonders kostbar, was wir nicht festhalten können.

Wir Wirtschafts-Analytiker und -Journalisten haben gegen das Internet zu kämpfen, Sie gegen die – gerade in der Ära Merkel – ausufernde Bürokratie, andere gegen fallende Aktienkurse und sinkende Nachfrage, wir alle gegen Political-Correctness-Apostel, wissenschaftliche Manipulateure und alle Scharlatane, die durch Angst-Schüren Profit und Macht anstreben. Um so intensiver sollten wir uns um den Erhalt unserer Familien und freundschaftlichen Kontakte bemühen. Nehmen wir die Herausforderungen an und freuen uns über jede gemeisterte Hürde – und sei sie noch so klein. Das gibt uns Kraft, Zuversicht, Hoffnung, innere Ruhe. Gerade in diesen Tagen.

Ich erhebe mein Glas mit seinem letzten Schluck und proste Ihnen zu auf ein voller Energie und Optimismus erwartetes glückliches, gesundes, erfülltes und erfolgreiches Jahr 2019

Ihr zugleich im Namen der Mitgesellschafter


Dipl.-Ing. Günter Weber


Dipl.-Kfm. Uwe Kremer


RA Gerrit Weber

sowie des gesamten **kapital-markt intern**-Verlagsteams


Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen
- Chefredakteur -
versicherungstip


Christian Prüßing M.A.
- Redaktionsleiter -
kapital-markt intern




RA Dr. Axel J. Prümm
- Chefredakteur -
Bank intern


Dipl.-Oec. Curd Jürgen Wulle
- Chefredakteur -
finanztip

... und aller weiteren Mitarbeiter der Bereiche Buchhaltung, EDV, Post, Redaktion, Analyse, Sekretariat, Vertrieb und Volontariat.

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

steuerberater intern
immobilien intern
umsatzsteuer intern
Ihr Steuerberater
steuer-tip GmbH intern
EXCLUSIV (Schweiz)

markt intern

Autogenetik, Auto, Tankstelle, Möbel, Schrank, Elektro, Apotheke, Installation, Heizung, Damenmode, Büro, Fachhandel, Sport, Elektro, Fachhandel, Möbel, Parfümerie, Eisenwaren, Werkzeug, Garten, Friseur, Fashion, Schuh, Fachhandel, Foto, Fachhandel, Telekommunikation, Spielwaren, Basteln, Modellbau, Basteln, Elektro, Installation, Dessert, & Backwaren, Herrenmode, Wäsche, Stoffe, Handarbeiten, Mittelstand

Bank intern
kapital-markt intern
finanztip
versicherungstip
inside track (USA)